Die Europäische Freihandelszone (EFTA) THOMAS PEDERSEN

Die Beziehungen zwischen EG und EFTA sind in eine neue Phase getreten. Bis 1989 konzentrierte sich der multilaterale Dialog auf technische Aspekte des Binnenmarktes und klammerte jeden spezifischen langfristigen Zweck aus. Die Rede von Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament am 17. Januar 1989¹ führte zu einem grundlegenden Wandel dieser Lage. Welche Motive auch immer Delors veranlaßten, Vorschläge zu einer stärker strukturierten Partnerschaft zwischen beiden Gruppen zu unterbreiten, sie hatten offensichtlich eine Katalysatorwirkung. Die EFTA-Länder nahmen den EG-Präsidenten beim Wort, und das Konzept eines Europäischen Wirtschaftraums (EWR) wurde die Stütze der EG-Politik von Ländern wie Norwegen und Schweden. Ein Ergebnis war, daß 1989 die 18 westeuropäischen Länder zusammenkamen und am Reißbrett einen Mittelweg zwischen erweitertem Freihandel und Vollmitgliedschaft in der EG zu entwerfen suchten². Doch war 1989 auch das Jahr der Revolution in Osteuropa. Das europäische System, dem die EG und die EFTA angehören, wandelte sich - mit tiefgreifenden Implikationen für beide im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen und die zukünftigen Beziehungen zwischen einzelnen EFTA-Ländern und der EG3.

Ansätze einer strukturierten Partnerschaft

Die EFTA reagierte erstmals auf die Delors-Vorschläge anläßlich eines Treffens der Regierungschefs in Oslo am 14. und 15. März 1989. Die Botschaft war weitgehend positiv. Die EFTA äußerte ihre Bereitschaft, über eine stärker strukturierte Partnerschaft zu diskutieren, und schloß keine institutionelle Option von vorneherein aus. Die norwegische Präsidentschaft wollte ihrerseits in die Schlußerklärung die Erwähnung einer Zollunion zwischen EG und EFTA einschließen. Dies scheiterte hauptsächlich am Widerstand der Schweiz. Zudem wurde die österreichische Absicht, einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft zu stellen, am Vorabend des Osloer Treffens bekanntgegeben.

Die EFTA-Erklärung hielt fest, daß die EFTA ihre eigene Kooperation intensivieren sowie ihre Entscheidungsprozesse und ihre Verhandlungskapazität verbessern wolle. Darüber hinaus brachte die EFTA ihre Absicht zum Ausdruck, die Überwachungs- und Durchführungsmechanismen zu stärken, um eine reibungslose und gleichförmige Umsetzung und Interpretation der Regeln und Bestimmungen des Europäischen Wirtschaftsraums zu erleichtern. Dem Osloer

Treffen folgte ein informelles gemeinsames Ministertreffen auf der Ebene der Außenminister in Brüssel. Die Ergebnisse dieses Treffens schienen nicht die Erwartungen der EFTA zu erfüllen. Die Presse-Erklärung betonte in allgemeinen Worten die Entschlossenheit der Minister, die Zusammenarbeit zu stärken; es wurde hinzugefügt, daß "die Kommission die Materie noch prüft und ... die EFTA-Staaten und die Kommission in naher Zukunft Gespräche aufnehmen wollen*4. Positiv ist hervorzuheben, daß die Gemeinsame Erklärung des Brüsseler Treffens erstmals auf die Möglichkeit Bezug nimmt, einen politischen Dialog zwischen der EG – in der Praxis: die EPZ – und der EFTA auf Ministerebene einzurichten⁵.

Die Phase der Bestandsaufnahme

Im April 1989 wurde eine gründliche Prüfung der Optionen für eine strukturiertere EG-EFTA-Partnerschaft beschlossen. Eine Phase der Bestandsaufnahme wurde als nötig erachtet, um formelle Verhandlungen vorzubereiten. Fünf Arbeitsgruppen und eine hochrangige EG-EFTA-Kontaktgruppe wurden eingerichtet, wobei letztere die Arbeitsgruppen koordinieren sollte. Vier der Gruppen prüften die Substanz der neuen Beziehungen: Die erste befaßte sich mit der Freizügigkeit von Waren, die zweite mit dem freien Kapitalverkehr, die dritte mit den Dienstleistungen und die vierte mit der Freizügigkeit von Personen sowie mit den flankierenden Politiken (Soziale Dimension, Umwelt, Technologie, Bildung, etc). Eine fünfte Gruppe wurde beauftragt, die institutionellen und rechtlichen Aspekte der zukünftigen EG-EFTA-Beziehungen zu diskutieren.

Die Phase der Bestandsaufnahme dauerte bis zum 20. Oktober 1989, an dem die Kontaktgruppe zu dem Ergebnis kam, daß die Positionen der beiden Organisationen sich soweit angenähert hätten, daß formelle Verhandlungen aufgenommen werden könnten. Anfang November trafen sich erstmals, in Island, die amtierenden Präsidenten beider Organisationen, Mitterrand und Hannibalsson, ein Ereignis, das sicherlich dazu beigetragen hat, die Erwartungen der EFTA-Länder zu erhöhen⁶. Bei einem gemeinsamen Ministertreffen am 19. Dezember 1989 wurde die politische Entscheidung gefällt, mit den formellen Verhandlungen so schnell wie möglich während der ersten Jahreshälfte 1990 zu beginnen - ein genauer Verhandlungsfahrplan wurde allerdings nicht beschlossen. Der Rat gab seiner Hoffnung Ausdruck, der Kommission bis Anfang Mai ein detailliertes Verhandlungsmandat zu erteilen. Zugleich wurde beschlossen, daß sich die EFTA-Länder an der zweiten Phase des COMETT-Programms zur Förderung der Kooperation und Ausbildung im Technologiebereich beteiligen können. Zu diesem Zweck wurden mit den einzelnen EFTA-Staaten sechs identische zweiseitige Abkommen unterzeichnet. Die EFTA-Länder können an COMETT II auf der gleichen Basis wie die EG-Länder teilnehmen, mit der einzigen Bedingung, daß bei jedem Einzelprojekt zwei oder mehr EG-Länder beteiligt sind.

Die explorativen Gespräche

Die hochrangige Kontaktgruppe und die fünf Arbeitsgruppen setzten ihre Beratungen in der ersten Jahreshälfte 1990 fort. Die Gespräche gingen vom Stadium der Bestandsaufnahme in eine Diskussion über die Zukunftsoptionen über, um die Probleme zu identifizieren und Ausgangspunkte für mögliche Lösungen zu erörtern. Hierbei zeigten sich eine Reihe sehr komplexer Probleme. Die Kontaktgruppe versuchte, ein Inventar der wichtigsten Elemente des "acquis communautaire" zu erstellen, die in einem möglichen EG-EFTA-Vertrag eingeschlossen werden sollten. Die EFTA akzeptierte grundsätzlich, daß die Hauptbestandteile des "acquis communautaire" in den EG-EFTA-Vertrag einfließen sollten, verlangte aber Ausnahmeregelungen für eine Reihe von Gebieten, etwa den Umweltbereich, wo die EFTA-Länder gemeinsam erklärten, ihren eigenen "acquis" wahren zu wollen. Weitere Ausnahmeregelungen wurden für die Bereiche Landwirtschaft, Fischerei, Freizügigkeit von Arbeitskräften, Niederlassungsrecht, Erwerb von Privat- und Industrievermögen, Immobilienbesitz von Ausländern sowie für den Transit im Güterkraftverkehr geltend gemacht.

Die Kontaktgruppe versuchte darüber hinaus, die Probleme, die mit der Entscheidungsstruktur des künftigen Europäischen Wirtschaftsraums zusammenhängen, zu klären. Dies ist mit Abstand der schwierigste Teil der vorbereitenden Gespräche. Während die EG auf ihre Autonomie im Entscheidungssystem pocht, vertritt die EFTA die Auffassung, daß eine Art gemeinsame Entscheidungsfindung in den Bereichen nötig sei, die den EWR betreffen. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist auch eine bedeutende Stärkung des EFTA-Apparates nötig. Eines der Probleme liegt darin, daß viele Entscheidungen der EG in hochrangigen Gremien getroffen werden, in denen die Mitgliedstaaten vertreten sind. Für ein Funktionieren des Europäischen Wirtschaftsraums wird es notwendig sein, daß eine Reihe dieser Entscheidungen ebenfalls in den EFTA-Ländern Anwendung findet. Aus EFTA-Sicht ergibt sich daraus als logische Folge, daß die EFTA in diesen Organen vertreten ist. Dies ist für die EG unannehmbar: Es sei nicht möglich, so wird betont, daß Nicht-Mitgliedstaaten direkten Einfluß auf die Regelungen und das Funktionieren der Gemeinschaft erhalten.

Die Quadratur des Kreises

Bei der Vorstellung des Kommissionsarbeitsprogramms für 1990 im Januar erklärte Jacques Delors, daß Mit-Entscheidung nur durch Mitgliedschaft erreicht werden kann⁸. Die EFTA-Länder zeigten sich über diese Ausführungen erstaunt, die zu einem gewissen Grad im Widerspruch zu Delors' früheren Einlassungen zu stehen schienen.

Die Quadratur des Kreises wurde versucht mittels der Unterscheidung von Entscheidungsfindung ("decision-making") und Mitgestaltung im Vorentscheidungsprozeß ("decision-shaping") – es blieb allerdings unklar, was "decision-

shaping" in der Praxis bedeuten solle. Die Diskussion über Mit-Entscheidung (gemeinsame Entscheidungen) trifft unübersehbar empfindliche Punkte auf beiden Seiten, nicht zuletzt auf EG-Seite. Die EG betrachtet es als absolut erforderlich, eine klare Trennungslinie zwischen Mitgliedschaft und Nicht-Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Unter dem bezeichnenden Titel "Ist die EFTA dabei, die Gemeinschaft zu schlucken"9 erwähnte Agence Europe die "Verblüffung und Bestürzung" einiger EP-Abgeordneter über die von der Kommission angestrebten Zugeständnisse. Es scheint im Europäischen Parlament einen ausgeprägten Widerstand gegen die Idee gemeinsamer EG-EFTA-Entscheidungsfindungsprozesse zu geben. Die angebliche Konsequenz davon wäre eine Verlangsamung des wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses in der EG, "Eine wundervolle Revanche für diejenigen, die mit diesem Versuch 1958 scheiterten", hieß es in dem Leitartikel weiter. Diese Kommentare von Mitgliedern des EP sind ernstzunehmen: Wenn das zukünftige Übereinkommen zwischen der EG und der EFTA in die rechtliche Form einer Assoziierung gekleidet wird, was wahrscheinlich ist, bedarf es dazu - entsprechend der Bestimmungen der Einheitlichen Europäischen Akte - der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

Die EFTA heute - Ein eindrucksvollerer Verhandlungspartner

Eine Ausweitung der EFTA-Funktionen wird von organisatorischen Veränderungen begleitet werden müssen. In dieser Hinsicht wurden 1989 einige Fortschritte erzielt. Als 1984 der Luxemburger Prozeß begann¹⁰, hatte die EFTA einen Personalbestand von rund 70 Mitarbeitern. Seit 1989 ist die Zahl der Beschäftigten auf 90 gestiegen, und die Organisation steht zur Zeit mitten in einer Rekrutierungskampagne, die den Personalbestand auf 120 erhöhen wird. Gesucht sind insbesondere Rechtsexperten mit Erfahrungen in internationalen Organisationen¹¹. Die EFTA-Vertretung in Brüssel ist mittlerweile in größere Räumlichkeiten umgezogen – ein Ausdruck der generellen Aufwertung der Organisation während der letzten Jahre.

Es ist unverkennbar, daß die Geschlossenheit der EFTA während des letzten Jahres gewachsen ist. Bei den EG-EFTA-Verhandlungen sieht sich die EG nunmehr in vielen Fällen mit einem gemeinsamen Standpunkt der EFTA konfrontiert. Auch ist die Rolle der EFTA-Präsidentschaft gestärkt worden. Die Befürchtung, durch die hektische Aktivität in Brüssel überrollt zu werden, ist sicher ein Grund für diesen Wandel. Österreich beteiligt sich aktiv am multilateralen Dialog, und sein Antrag auf Mitgliedschaft schien entgegen ursprünglichen Erwartungen keine negativen Auswirkungen zu haben. Teilweise läßt sich dies damit erklären, daß Wien die EG-EFTA-Gespräche als nützliches Übungsterrain für die mögliche EG-Mitgliedschaft betrachtet. Am meisten setzt sich Schweden für einen umfassenden EWR-Vertrag ein. Die Haltung der Schweiz scheint dagegen einer stärkeren EFTA-Geschlossenheit entgegenzustehen. Die Schweiz, Island und Norwegen unterstützen zwar die EWR-Idee, erheben jedoch weitrei-

chende Ansprüche an die EG. Schweden bemühte sich daher in der ersten Jahreshälfte 1990 um rasche Fortschritte in den EG-EFTA-Gesprächen – bevor die Schweiz die Präsidentschaft übernahm. Die norwegische EWR-Politik ist wegen der Beteiligung von zwei Anti-EG-Parteien an der neuen Mitte-Rechts-Regierung vorsichtiger geworden; Island stellt harte Forderungen für den Zugang zu seinen Fischgebieten. Schweden, das langsam ungeduldig wird, fordert dagegen bemerkenswert wenig Ausnahmen vom 'aquis communautaire' der EG. In Schweden ist zudem eine Debatte über die Vereinbarkeit der Neutralität des Landes mit einer EG-Mitgliedschaft entbrannt. Umfragen zeigen, daß sich die Mehrheit der Schweden für eine Mitgliedschaft ausspricht.

Die EFTA und die Entwicklungen in Osteuropa

Die dramatischen Ereignisse in Osteuropa und die neue Rolle der EG in diesem Zusammenhang hatten mehrere direkte und indirekte Auswirkungen auf die EG-EFTA-Verhandlungen. Zunächst, als politisches Ereignis von hoher normativer und symbolischer Bedeutung, haben die Entwicklungen in Osteuropa bis zu einem gewissen Grad den EG-EFTA-Dialog in den Hintergrund gedrängt. Bei den begrenzten Ressourcen der Kommission und der gedrängten Agenda der EG-Minister ist es nur natürlich, daß die EFTA unter einem gewissen Verdrängungseffekt litt. Dieser Aspekt sollte jedoch nicht überbewertet werden. Alles in allem wird der EG-EFTA-Dialog fortgesetzt, und es könnte ebenso argumentiert werden, daß die drängenden osteuropäischen Aufgaben der Kommission und den EG-Ministern neuen Auftrieb zu einer raschen Beendigung der Verhandlungen geben. Mehrere der neuen osteuropäischen Regierungen haben allerdings mittlerweile ihre positive Einstellung und ihren Wunsch nach einer baldmöglichsten Mitgliedschaft zum Ausdruck gebracht¹². Dies untergräbt die Verhandlungsposition der EFTA, stärkt dagegen die der EG.

Außerdem sieht sich die EG durch ihre internen Reformaufgaben überlastet, und die meisten EG-Länder wollen aus verschiedenen Gründen eine Erweiterung aufschieben, insbesondere eine Ost- oder Süderweiterung. Die EG will auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der osteuropäischen Länder und auf ihre Bemühungen, in den westeuropäischen Integrationsprozeß einbezogen zu werden, positiv reagieren. Aber sie will den europäischen Einigungsprozeß nicht gefährden. Dies hat eine neue Diskussion über die Möglichkeit der EFTA eröffnet, eine aktivere Rolle in den Beziehungen zu Osteuropa zu spielen. So wurde vorgeschlagen, die osteuropäischen Länder in den Europäischen Wirtschaftsraum einzubeziehen. Angesichts ihres "neutralen" Charakters könnte die EFTA eine attraktive Alternative zur EG-Mitgliedschaft für mittel- und osteuropäische Länder sein, die ihre neuen Beziehungen zum Westen institutionalisieren wollen¹³. Der deutsche Ökonom Holger Schmieding wies ferner darauf hin, daß allein der Antrag auf EFTA-Mitgliedschaft die Kreditwürdigkeit der osteuropäischen Volkswirtschaften erhöhen würde, und da diese weniger Anforderungen stellt, den osteuropäischen

Ländern größere Handlungsfreiheit in sensiblen Bereichen – beispielsweise der Sozialpolitik – lassen würde¹⁴. Die EG-Länder wollen die Lasten der osteuropäischen Modernisierung mit der EFTA teilen. Zum Beispiel schien die Bundesrepublik die nordischen EFTA-Länder zu drängen, neue EFTA-Abkommen mit Jugoslawien, Polen und Ungarn – sei es in Form der Mitgliedschaft oder der Assoziierung – zu unterstützen¹⁵. Die EG-Kommission sieht darüber hinaus vor, einige osteuropäische Länder – bei Erfüllung bestimmter Bedingungen – in den Europäischen Wirtschaftsraum einzubeziehen.

Puffer oder Transitzone?

Unter der Voraussetzung, daß die EFTA zu einer neuen paneuropäischen Rolle bereit wäre, hätte sie vor allem zwei Optionen¹⁶: Sie könnte versuchen, Transitzone oder Warteraum für osteuropäische Länder zu sein, die eine Mitgliedschaft in der EG anstreben. Aus EG-Sicht wäre dies von großem Vorteil, da dies zu einer "Verwestlichung" der osteuropäischen Länder - ohne politische Kosten für die EG - beitragen würde und gleichzeitig eine Erweiterungsoption nicht ausschließt. Als Alternative dazu könnte sich die EFTA in einen Puffer zwischen der Sowjetunion und der EG umwandeln. Dieses Szenarium setzt voraus, daß Norwegen und Island (gemeinsam mit Österreich) sich früher oder später für eine EG-Mitgliedschaft entscheiden. Die Sowjetunion scheint die Option eines Puffers zu bevorzugen, obwohl Teile der sowjetischen Elite von der Vorstellung fasziniert sind, die EG-Erweiterung als Instrument zu nutzen, um einen Ausbau der politischen und sicherheitspolitischen Dimension der Gemeinschaft zu bremsen. Vertreter des Bonner Bundeskanzleramtes haben dem "Puffer-Modell" ähnliche Ideen entwickelt, in denen die mitteleuropäischen Staaten zusammen mit der Schweiz, Schweden und Finnland diese Funktion erfüllen könnten¹⁷.

Diese Ideen haben eine starke politische Anziehungskraft, sind jedoch nicht leicht in die Praxis umzusetzen. Es sollte in Rechnung gestellt werden, daß die EFTA – historisch betrachtet – fast keine Beziehungen zu Osteuropa entwickelt hat, mit Ausnahme Jugoslawiens, das eine lockere Vereinbarung mit der EFTA getroffen hat. Jedes EFTA-Land selbst verfügt jedoch über beträchtliche Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit RGW-Ländern. Kürzlich sind auch einige Initiativen gestartet worden, um die EFTA-Verbindungen zu Osteuropa zu erweitern, etwa die Unterzeichung einer gemeinsamen Erklärung Ungarns und der EFTA.

Es scheint allerdings auch ernstzunehmende psychologische Barrieren auf EFTA-Seite zu geben. Die EFTA-Länder betrachten ihre enge Anlehnung an die EG als Symbol ihrer Teilnahme an Wachstum und Wohlstand Westeuropas und finden deshalb die Idee wenig attraktiv, mit den weniger industrialisierten Ländern Osteuropas assoziiert zu sein. Darüber hinaus wäre es für die EFTA schwierig, neue Mitglieder zu integrieren, wenn sie gleichzeitig in Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum mit der EG steht¹⁸. Insofern gab es

kaum Reaktionen von seiten der EFTA-Länder zu der Idee einer paneuropäischen EFTA-Rolle. Dennoch machte der Wirtschaftsminister der Schweiz, Delamuraz, im Kontext der KSZE-Konferenz im April letzten Jahres in Bonn einige interessante Bemerkungen, die erkennen ließen, daß man sich "eine sui generis Struktur von Abkommen zwischen der EFTA und den osteuropäischen Ländern vorstellen könne, die, falls notwendig, eine Zwischenphase konstituieren könne für weit ehrgeizigere Ziele" Die Tatsache, daß gerade die Schweiz bisher, stärker als andere EFTA-Länder, Erwägungen über eine neue oder erweiterte Rolle der EFTA Widerstand entgegensetzte, macht diese Bemerkungen um so beachtenswerter.

Ingesamt betrachtet scheint die Idee einer paneuropäischen Rolle der EFTA, die dann zu gegebener Zeit von dem neuen Europäischen Wirtschaftsraum zu übernehmen wäre, einige Unterstützung zu finden. Es bleibt dennoch eine große Hürde: Die neuen Regierungen in Osteuropa sind in den meisten Fällen auf die politisch attraktivere EG fixiert. Die Sehnsucht nach "Verwestlichung" kann kaum von der EFTA erfüllt werden, deren symbolischer Wert nicht höher als der des Weltpostvereins zu veranschlagen ist.

Es gibt noch eine andere, aktuellere Beziehung zwischen dem Wandel in Osteuropa und der Situation der EFTA-Länder. Es scheint nunmehr wahrscheinlich, daß, um die Herausforderungen durch den Umbruch in Osteuropa und die deutsche Vereinigung zu bewältigen, die Gemeinschaft ihre politische Zusammenarbeit verstärken wird. Es wurde bereits vorgeschlagen, die Europäische Politische Zusammenarbeit enger in die Gemeinschaft einzubeziehen und der Kommission eine größere Rolle in außenpolitischen Angelegenheiten zu geben. Es ist ebenfalls möglich, daß die geplante intergouvernementale Konferenz über die Politische Union zu einer Stärkung der sicherheitspolitischen Dimension in der EG führen wird, wie es u.a. Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl vorgeschlagen haben. Ironischerweise wird somit der Wandel in Osteuropa EG-Erweiterungen erschweren, wenn auch die politische Integration in einem blockfreien Europa für einige EFTA-Länder akzeptabler werden könnte. Während bestimmte EFTA-Länder der Vertiefung der EG-Integration mit Gelassenheit entgegensehen können, werden jedoch andere - wie beispielsweise Österreich und vielleicht Schweden - diese Entwicklung mit Sorge betrachten.

Anmerkungen

Übersetzung aus dem Englischen von Christine Holeschovsky, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

- 1 Rede von EG-Präsident Jacques Delors vor dem Europäischen Parlament am 17. 1. 1990 anläßlich der Vorstellung des Arbeitsprogramms der EG-Kommission für 1990, abge-
- druckt in: EG-Nachrichten, Nr. 2 v. 22. 1. 1990.
- 2 Die aktuellste Analyse der EG-EFTA-Beziehungen, mit interessanten theoretischen Überlegungen, findet sich in Laursen, Finn (Hrsg.): EFTA and the EC: Implications of 1992 (European Institute of Public Amini-

- stration). Maastrich 1990.
- 3 Für eine anregende Diskussion der Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Integrationsprozessen in Europa vgl. Wallace, Helen: Widening and deepening: The European Community and the new European agenda (RIIA Discussion Papers 23, Chatham House). London 1989.
- 4 Presse-Erklärung 5483/89, Brüssel, 20. 3. 1989.
- 5 Ministertreffen zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und den Ländern der Europäischen Freihandelszone, EFTA Information 18/1989.
- 6 Agence Europe v. 8, 11, 1989.
- 7 Agence Europe v. 11. 4. 1990.
- 8 A. a. O.
- 9 Agence Europe v. 28. 3. 1990.
- 10 Vgl. Pedersen, Thomas: Die Europäische Freihandelszone (EFTA), in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 389 ff.
- 11 EFTA news, 1.2.1990.

- 12 Vgl. Agence Europe v. 17. 4. 1990: Der neue ungarische Ministerpräsident Joszef Antall äußerte den Wunsch Ungarns, "zwischen 1992 und 1995" EG-Mitglied zu werden.
- 13 Vgl. für eine gute Zusammenfassung dieser Diskussion Neumann, Ivar B.: EFTA og AL-Europa, in: International Politik 48, 1 (1990).
- 14 Schmieding, Holger: A concept for Pan-european economic integration, in: European Affairs 3 (1989).
- 15 Vgl. Udgaard, Nils-Morten: Osteuropaere med i EFTA? Afterposten, 19. 6. 1989.
- 16 Vgl. die anregende Diskussion bei Neumann, a. a. O., S. 35 ff.
- 17 Mertes, Michael und Norbert J. Prill: Der verhängnisvolle Irrtum des Entweder-Oder. Eine Vision für Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19. 7. 1990.
- 18 EFTA news, 26. 3. 1990.
- 19 Vgl. Wallace, Helen, a. a. O., die die ganze Idee als Leerlauf betrachtet.

Weiterführende Literatur

- Jamar, J. und Wallace, Helen: EEC-EFTA: More than just good friends? (Brügge Kolleg). Brügge 1988.
- Laursen, Finn (Hrsg.): EFTA and the EC: Implications of 1992. Maastricht 1990.
- Pedersen, Thomas: The EC-EFTA Dialogue: New Momentum in the Wider Western Europe, in: Edwards, Geoffrey (Hrsg.): Europe and the World, Pinter publiksers 1990.
- Schneider, Heinrich: Austria and the EC (RIIA

- Discussion Papers 24, Chatham House). London 1989.
- Wallace, Helen: Widening and Deepening: The European Community and the new European agenda (RIIA Discussion Papers 23, Chatham House). London 1989.
- Weidenfeld, Werner und Janning, Josef: Der Umbruch Europas: Die Zukunft des Kontinents. Arbeitspapiere 4. Gütersloh 1990.